STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

zur 11. Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

am 28.02.2023
um 17:00 Uhr in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein,
Paaltjessteege 1, 46446 Emmerich am Rhein

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 23.11.2022
3	16 - 17 0941/2023	Vorstellung Mehr Bäume Jetzt
4	16 - 17 0942/2023	Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage Tackenweide
5	05 - 17 0940/2023	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Nahmobilitätskonzepts
6		Bericht des Klimaschutzmanagements
7		Mitteilungen und Anfragen
8		Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende
Frau Sabine Siebers

Mitglieder CDU
Frau Sandra Bongers
Herr Jürgen Frericks
Herr Sebastian Frölich
Frau Silke Jelinski
Herr Klaus Manthey — als Vertreter für Mitglied Cosguner
Herr Dr. Matthias Reintjes
Frau Birgit Sloot

Mitglieder SPD
Herr Dieter Baars
Herr Ludger Gerritschen

Frau Leonie Pawlak	als Vertreterin für Mitglied Armasow
Herr Hugo Peschel	
Frau Meike Schnake-Rupp	als Vertreterin für Mitglied Wittke

Mitglieder GRÜNE

Frau Hermine Swhajor

Mitglieder BGE

Herr Joachim Sigmund	als Vertreter für Mitglied Bartels
Herr Steffen Straver	

Mitglied Fraktionslos

Herr Simon Terhorst

von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Dr. Stefan Wachs	
Herr Jens Bartel	
Herr Sammi Jagowski	
Frau Hanna Kirchner	
Frau Nicole Jansen	Schriftführerin

Gäste

Herr Bickmann	zu Tagesordnungspunkt 3

Die Vorsitzende Siebers eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, Herrn Bickmann, der zum Tagesordnungspunkt 3 vortragen wird, die Vertreter der Verwaltung und die Presse.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Herr Berndsen von der Firma B & K Wohnbau meldet sich zum Tagesordnungspunkt 4 zu Wort und teilt mit, dass sie seit 1993 Eigentümer des Grundstückes sind. Er weist darauf hin, dass das Grundstück nicht an der Tackenweide sondern am Beerenboom liege. Die damalige Planung sah dort die Errichtung eines Sportzentrums vor; welches allerdings nicht zustande gekommen ist. Dann gab es Anfragen von ortsansässigen Unternehmen, auf diesem Grundstück eine Lagerhalle zu errichten. Ferner wurde über die Errichtung von Großgaragen nachgedacht. Beide Vorhaben wurden leider nicht genehmigt. Die Firma hatte eine Bauvoranfrage zur Errichtung einer PV-Anlage (200 m x 50 m) eingereicht, welche negativ beschieden wurde. Er richtet die Frage an die Beteiligten, ob diese

wissen, wo genau das Grundstück liegt. In der Vorlage, die heute zur Beratung vorliegt, ist es nicht richtig dargestellt. Vor der geplanten PV-Anlage befindet sich noch ein 7 m hohes Gebäude.

Frau Kirchner stellt deutlich klar, dass der Verwaltung sehr wohl die Grundstückssituation bekannt ist.
Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass das von ihm erstellte Gutachten der Überlegung der Verwaltung zu Grunde gelegt worden ist. Es ist völlig unwichtig, welche Lagebezeichnung gewählt wurde; die Verortung der geplanten PV-Anlage ist richtig. Es ist zu klären, ob die geplante PV-Anlage im Sinne der Frischluftzufuhr zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen ist. Die Diskussion wird im Tagesordnungspunkt 4 entsprechend geführt werden.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 23.11.2022

Es werden keine Einwände zur Niederschrift vorgebracht. Somit wird die vorgelegte Niederschrift gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. Vorstellung Mehr Bäume Jetzt
Vorlage: 16 - 17 0941/2023

Vorsitzende Siebers ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf und begrüßt Herrn Bickmann (Deutschlandkoordinator von “Mehr Bäume Jetzt”) und erteilt ihm das Wort.
Herr Bickmann erläutert die Initiative “Mehr Bäume Jetzt” anhand einer Power-Point-Präsentation (im Ratsinformationssystem abrufbar).

Mitglied Straver fragt an, ob es bereits für das Emmericher Stadtgebiet Bürger gibt, wo geerntet werden kann.
Herr Bickmann teilt mit dass am Freitag ein Gebiet gemeinsam mit Schülern der Gesamtschule geerntet wird. Er geht davon aus, dass durch diese Aktionen immer mehr Informationen in die Bevölkerung gehen und entsprechende Angebote von Bürgern gemacht werden, die über eine Fläche verfügen, wo Setzlinge zur Verfügung stehen. Er geht für die Zukunft davon aus, dass von Seiten der Stadt auf langfristige Sicht gesehen nicht mehr viel Arbeit zu erledigen ist.
Frau Kirchner teilt ergänzend mit, dass nicht nur Schüler sondern auch einige wenige erwachsene Bürger*innen die Aktion unterstützen.
Auf Nachfrage von Mitglied Straver, ob genügend Spendengebiete vorhanden sind, antwortet Frau Kirchner, dass Flächen aus dem Bereich der Forstbetriebsgemeinschaft dafür zur Verfügung stehen. Der zuständige Förster, Herr Klemmer, hat die entsprechenden Freigaben erhalten.

Mitglied Dr. Reintjes bedankt sich für die Ausführungen und geht auf die Haushaltslage ein. Erst vor wenigen Wochen ist der Haushalt beschlossen worden. Es wurde die Vereinbarung getroffen, dass haushaltstechnische Belange immer in

den jeweiligen Haushaltsplanberatungen besprochen werden. Von daher sieht es die CDU-Fraktion kritisch, den Beschluss in dieser Angelegenheit zu fassen. Es geht nicht um die Sache an sich, sondern um den gewählten Zeitpunkt der Maßnahme. Die CDU-Fraktion schlägt vor, die Entscheidung über die Maßnahme in die kommende Haushaltsplanberatung Ende dieses Jahres zu verschieben. Ferner bittet seine Fraktion die Verwaltung bis Ende des Jahres um eine Auflistung, welche Haushaltsansätze generell für den Bereich Baumpflege, Forst etc. vorliegen.
Zum Schluss hat er noch die Frage, warum die Stadt Emmerich am Rhein von den Gesamtkosten in Höhe von 33.000 € ein Drittel übernehmen soll. Lt. Vorlage sind sowohl die Stadt Kleve, wie auch die Gemeinden Uedem und Geldern ebenfalls an der Initiative beteiligt. Der Ansatz von 10.000 € erscheint ihm sehr hoch, zumal 16 Kommunen im Kreis Kleve beteiligt sind.
Hierauf teilt Frau Kirchner mit, dass aufgrund der geringen Resonanz von Seiten der anderen Klima.Partner im Kreis Kleve und Gemeinden der Ansatz von 10.000 € gewählt wurde. Aus ihrer Sicht ist diese Aktion sehr unterstützenswert. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage war ein bedeutendes Interesse von 2 weiteren Kommunen gegeben und somit erschien die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass das Projekt und die Gesamtfinanzierung gestemmt werden kann.
Hinsichtlich des Einwandes zur Haushaltslage ist anzumerken, dass der Kämmerei diese Vorlage vorgelegen hat und sie davon ausgegangen ist, dass in heutiger Sitzung der entsprechende Beschluss gefasst werden könnte.

Mitglied Straver schließt sich der Wortäußerung von Mitglied Dr. Reintjes an. In seinen Augen ist die Aktion zwar “nett”, aber nicht mehr und nicht weniger. Wenn man Jungbäume kauft liegt der Preis unter 1 €, bei Stecklingen liegt der Preis gering über 1 €; für 10.000 € kann man sich auch anderweitig Grün kaufen, welches größer und schöner ist. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis.
Herr Bickmann führt an, dass durch diese Aktion auch Bürger angesprochen werden, die sich aufgrund der Kosten so etwas sonst nicht leisten könnten.

Mitglied Baars teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmt. Schon allein bei 10.000 € den roten Stift anzusetzen findet er übertrieben; dann müsste man für den Haushalt 23/24 durchaus noch rigoroser vorgehen.

Frau Kirchner betont nochmals, dass durch dieses Projekt für die Bürger die Möglichkeit der gegenseitigen Hilfe gegeben wird. Der Hinweis, dass man mit Forst- und Baumpflegemaßnahmen das Ganze nochmal bewerten sollte, sieht sie als unnötig an.

Mitglied Baars erinnert daran, dass beschlossen wurde, aufgrund der Trockenheit eine gewisse Anzahl an Bäumen zu ersetzen. Durch diese Aktion wird für die Bürger ein Signal gesetzt, dass die Stadt Emmerich positiv in die Zukunft geht und den durch die Trockenheit verursachten Verlust an Bäumen zu regenerieren.

Auf die vorangegangene Wortmeldung von Mitglied Straver teilt Herr Bickmann mit, dass es auch geerntete Setzlinge von mind. 50 cm oder größer (bis 2 m) gibt und diese seiner Meinung nach nicht für unter 1 € zu erwerben sind.

Nunmehr meldet sich Mitglied Sloot zu Wort. Auch sie findet die haushaltstechnischen Aspekte sehr wichtig. Nichtsdestotrotz werden die Bürger/Schüler durch diese Initiative sensibilisiert. Das, was diese Initiative macht wird von ihr bereits seit 30 Jahren praktiziert. Wenn man einen Baum pflanzt muss man berücksichtigen, dass diese Platz für ihren Wachstum benötigen; in der Stadt ist die Pflanzung eines Baumes sicherlich nicht sinnvoll. Sie geht auf die von ihm vorgestellte Baumschule ein, die ihre Pflanzen verschenken möchte. Die Baumschule sollte darstellen, dass die Bäume schon eine Größe von 3 m haben und an entsprechender Stelle gepflanzt werden müssen. Die Entwicklung von Setzlingen benötigt natürlich eine längere Zeit, bis sie auf entsprechende Größe gewachsen sind, vorausgesetzt, sie werden nicht von Rehwild verbissen. Ihr Vorschlag wäre, dieses Vorgehen als Information an die Bürger zu geben. Vielleicht kommt von Seiten der Bürgerschaft das Angebot, dass sie sich ehrenamtlich oder mit Hilfe von Geld beteiligen möchten. Man sollte nicht so tun, als wenn die Stadt Emmerich ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung hat. Grundsätzlich ist die Aktion eine gute Sache, der jetzige Zeitpunkt ist nur nicht positiv, zumal auch die Kosten zu Buche schlagen.

Frau Kirchner führt aus, dass das, was die Initiative “Mehr Bäume Jetzt” in den vergangenen Wochen/Monaten in NRW und im Kreis Kleve an Arbeit geleistet hat, war reine Vorleistung. Sie sieht darin aus gutes Signal, dass die Stadt Emmerich im nächsten Jahr entsprechend unterstützen möchte. Die vorgebrachte Argumentation kann sie nicht nachvollziehen. Weit über 7000 Bäume werden gepflanzt; sie prognostiziert, dass vielleicht die 10.000er Marke angepeilt werden könnte. Für diese Aktion sind 10.000 € nicht zu viel. Auch ist damit die kommende Erntesaison gesichert; die Gefahr von Rehwild in den Vorgärten besteht sicherlich nicht. Insgesamt ist es eine gute Leistung, in die Vorgärten der Bürger hereinzukommen.

Auf Nachfrage von Mitglied Straver antwortet Frau Kirchner, dass sie in den vergangenen 8 Wochen ca. 3 Tage für die Initiative an Zuarbeit geleistet hat (z. B. Pressearbeit). Der personelle Einsatz ist maginal zum erzielten Effekt.

Mitglied Gerritschen begrüßt die Initiative “Mehr Bäume Jetzt” und sieht Möglichkeiten, dass diese weiterentwickelt werden kann. Im Bereich der Baumlandschaft der Rudolf-W.-Stahr-Stiftung sieht er sehr viele Setzlinge, die durchaus 1-2 Winter ohne Rehverbiss überleben. Er fragt an, ob es eine Zusammenarbeit mit dem Förster gibt, dass eine Aktion gestartet wird, dass Setzlinge gezielt geerntet werden, um sie in die Gärten/Vorgärten von Einfamilienhäusern zu pflanzen. Durch die Aufgabe des Betriebes wären nach Information von Herrn Bickmann auch Sträucher zu bekommen. Diese sind für ihn ein Hinweis auf Entsiegelung von Vorgärten und wäre sehr zu begrüßen, wenn hier noch mehr Werbung für gemacht würde. Vielleicht könne man angesichts der Haushaltslage gemeinsam mit dem Förster, Gewerbetreibenden, Waldbesitzern Stecklinge für unter 1 € bekommen.

Auch Mitglied Swhajor begrüßt die Aktion; allein, dass die Bürger miteingebunden werden und selbst für das Klima tun können ist viel Wert. Sie unterstützt diese Aktion.

Mitglied Baars stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, nach Vorlage zu beschliessen.

Vorsitzende Siebers ist sehr enttäuscht und überrascht, dass diese gute Aktion an den geringen Kosten scheitern soll. Sie bittet Frau Kirchner um einen Aufruf an alle Emmericher Bürger zur Motivation dieser Aktion und evtl. auch einen Spendenaufruf. Sie ist gerne bereit, mit einer entsprechenden Spende zu unterstützen. Sie sieht es Armutszeugnis, wenn die Stadt Emmerich am Rhein diese Aktion derzeit nicht unterstützt. Sie muss auch feststellen, dass die zu ersetzenden Bäume nicht in Gänze ersetzt worden sind. Die Stadt Emmerich am Rhein benötigt viel mehr Bäume. Sie plädiert nochmals dafür, dass die Stadt Emmerich das entsprechende Signal setzen sollte. Sie bedankt sich bei Frau Kirchner für die Arbeit.

Mitglied Dr. Reintjes erklärt nochmals, dass die CDU-Fraktion der Initiative grundsätzlich positiv gegenübersteht. Verwundert ist er nur, dass die ein oder andere Fraktion vergessen hat, dass man sich in der Arbeitsgruppe Haushalt, den Begleitausschüssen und im Rat darauf verständigt hat, dass haushaltsrelevante Anträge und Vorlagen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden werden sollen. Derzeit befindet man sich nicht in einer Haushaltsplanberatung. Die Entscheidung zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für diese Initiative gehört in die Haushaltsplanberatung für 2024. Die personelle Unterstützung für diese Maßnahme kann von Frau Kirchner unumstritten erfolgen. Er stellt den entsprechenden Antrag, so zu beschließen.

Nunmehr lässt Vorsitzende Siebers über den Antrag von Mitglied Baars, nach Vorlage zu beschließen abstimmen.
Dieser Antrag wird mit 8 Dafür-Stimmen und 9 Gegen-Stimmen abgelehnt.

Nunmehr lässt Vorsitzende Siebers über den nachfolgenden Antrag von Mitglied Dr. Reintjes abstimmen:

Beschlussvorschlag

1) Der Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, die Kampagne “Mehr Bäume Jetzt” der Organisation Urgenda personell ab sofort und finanziell ab dem Haushaltsjahr 2024 zu unterstützen.
2) Der Rat,der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, die Beratung zur finanziellen Unterstützung der Kampagne “Mehr Bäume Jetzt” der Organisation Urgenda in die Haushaltsplanberatung 2024 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis

Zu 1)
Dafür 17 Dagegen 0 Enthaltungen 0
Zu 2)
Dafür 17 Dagegen 0 Enthaltungen 0

4. Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage Tackenweide
Vorlage: 16 - 17 0942/2023

Herr Bartel erläutert kurz die Vorlage.

Auf Wortäußerung von Mitglied Baars teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass in der Abbildung 1 mit einer gelben Markierung die Position der PV-Anlage dargestellt ist. Das darunterliegende Waldstück wird mit Am Beerenboom bezeichnet. In der Nord-Süd-Achse verläuft diese Straße, aufschließend auf die Dechant-Sprünken-Straße. Die Straße rechts des Grundstückes ist die Tackenweide, wo auch das betreffende Grundstück verortet ist. Zwischen Grundstückseigentümer und Verwaltung gibt es keine Uneinigkeit darüber, wo das Grundstück liegt.

Mitglied Swhajor teilt mit, dass die Fraktion “Die Grünen” zum einen die Einrichtung von PV-Anlagen begrüßen und zum anderen das Klimaanpassungskonzept berücksichtigt werden muss; hier die Berücksichtigung der Frischlustschneise. Das Gutachten der Firma Lohmeyer wird kritisch gesehen, auch hinsichtlich der Beschränkungen und Einschränkungen. Die Fraktion schlägt einen Grundstückstausch vorzunehmen und somit die Frischlustschneise nicht anzutasten.

Mitglied Terhorst bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage und ist verwundert darüber, dass die Verwaltung das Vorhaben ablehnt. In den letzten Ausschusssitzungen wurde deutlich, dass nach entsprechenden Grundstücken für PV-Anlagen gesucht wird. Die in Rede stehende Fläche ist für die Errichtung einer PV-Anlage vorbildlich geeignet. Er kann nicht nachvollziehen, dass von einer PV-Anlage so starke Beeinträchtigungen ausgehen, dass im schlimmsten Fall sogar mit Hitzetoden zu rechnen sei. Er plädiert dafür, den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzulehnen und dem Petenten die Möglichkeit zu geben, eine PV-Anlage zu errichten.

Frau Kirchner teilt für die Verwaltung mit, dass auch sie in ihrer Haltung vor einem Dilemma steht und man sich nicht einig ist, zu welchem Ergebnis man kommen sollte. Die eine Tendenz geht in die Richtung, etwas für den Klimaschutz zu tun. Dann hat man vielleicht ein wenig die Erderwärmung in den Griff bekommen. Auf der anderen Seite steht allerdings auch das Risiko, dass durch die Erhöhung der Hitze entsprechende gesundheitliche Probleme entstehen. Es wird immer ein gewisses Risiko bestehen bleiben. Sie hat sich mit einem Experten der Strömungssimulation auseinandergesetzt, der diese Tendenz in geringem Ausmaß bestätigt. Auch die Pflanzung von Hecken hat geringfügige Auswirkungen.

Auf Nachfrage von Mitglied Sloot teilt Frau Kirchner mit, dass lt. den vorliegenden Unterlagen eine Pultdachanlage in Windrichtung geplant ist, die grundsätzlich unterströmt wird und nur einen geringen Einfluss hat. Es wird niemals eine exakte Aussage dazu geben, wie gering dieser Einfluss sein wird.
Ein Risiko besteht immer.

Mitglied Dr. Reintjes teilt mit, dass die CDU-Fraktion ausgiebig darüber diskutiert hat und man zu der Abwägung gekommen ist, die Freiflächen-Photovoltaikanlage an dieser Stelle zu genehmigen. Er stellt den Antrag, dem Beschlussvorschlag

nicht zu folgen und eine Änderung des Bebauungsplanverfahrens im Sinne des Petenten herbeizuführen.

Mitglied Sigmund teilt für die BGE-Fraktion mit, dass man sich schwer tut, eine Entscheidung zu treffen. Das Grundstück schließt sich an einen Gebäudebestand mit einer Höhe von 7 m an. Er stellt die Frage, ob Luft-/Strömungsmessungen vor Ort erfolgt sind.
Frau Kirchner teilt mit, dass keine Messungen durchgeführt wurden und auch von Seiten der Verwaltung nicht befürwortet werden, da Tagesereignisse berücksichtigt werden. Die Gutachten und das Klimaanpassungskonzept haben eine deutlich bessere Bewertung vorgenommen und von daher wird eine weitere Messung nicht für notwendig erachtet.
Herr Bartel teilt ergänzend mit, dass nie eine 100% Sicherheit gegeben werden kann. Aus dem Klimaanpassungskonzept geht hervor, dass unabhängig vom Wind auf dem Grundstück ein Luftaustausch erfolgt. Eine entsprechende Abwägung wird nach bestem Wissen und Gewissen im Bebauungsplanverfahren erfolgen müssen. Die abschließende Entscheidung obliegt dem Rat, ob eine Änderung des Bebauungsplanverfahrens durchgeführt wird.
Erster Beigeordneter Dr. Wachs macht deutlich, dass es darum geht, möglicherweise in das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanverfahrens einzusteigen. Aufgabe des Bebauungsplanverfahrens ist es, genau die aufgeworfenen Fragen zu begutachten und zu einem abwägenden detaillierten Ergebnis zu kommen. Das Klimaanpassungskonzept wird in der Abwägung dann eine Rolle spielen.

Mitglied Baars teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion eine ausgiebige Diskussion zu diesem Punkt geführt hat. Er schließt sich den Worten von Mitglied Dr. Reintjes an, der Beschlussvorlage der Verwaltung nicht zuzustimmen. Die geplante PV-Anlage hat nach deren Auffassung nicht so gravierende Einwirkungen.

Mitglied Straver teilt aus dem Klimaschutzkonzept mit, dass die Fläche zwischen Weseler Straße und Netterdensche Straße “Grün” bleiben soll. Es stellt sich für ihn die Frage, ob bei einer Genehmigung der PV-Anlage das Klimaschutzkonzept angepasst werden muss.
Herr Bartel erklärt nochmals, dass das Klimaschutzkonzept vom Rat der Stadt Emmerich am Rhein als sogenanntes städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 11 Abs. 3 BauGB beschlossen wurde und im Rahmen der Planung zu berücksichtigen ist. Inhaltlich muss man sich im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens damit beschäftigen und eine Abwägung erreichen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Die Verwaltung schlägt vor, den Bebauungsplan aufzuheben, vor dem Hintergrund des § 11 Abs. 3 BauGB. Aus den Wortmeldungen kann er mitnehmen, dass die Ausschussmitglieder einer anderen Meinung sind; nämlich eine Änderung des Bebauungsplanes unter Berücksichtigung des Begehrens des Eigentümers in Richtung PV-Anlage einzuleiten.

Mitglied Gerritschen ist der Auffassung, dass eine Errichtung einer 1,30 m hohen PV-Anlage keine Beeinträchtigung für die umliegenden Gebäude darstellt. Auch eine enorme Beeinträchtigung der Frischluftschneise ist nicht zu erkennen. Es

spricht also nichts gegen eine Änderung des Bebauungsplanes zugunsten der Errichtung einer PV-Anlage.

Auf Nachfrage von Mitglied Sigmund teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass geprüft werden muss, ob der Bebauungsplan ohne Konsequenzen aufgehoben werden kann; d. h. Schadensersatzansprüche vom Eigentümer. Dies bemisst sich nach § 39 ff BauGB. Man sich in § 42 mit einer 7Jahresfrist; der Bebauungsplan ist aus dem Jahre 1993, sodass diese Frist ohne Belang ist. Bei einer Aufhebung des Bebauungsplanes existiert kein qualifizierter Plan mehr, welcher das Baurecht bestimmt, sondern es muss nach § 34 oder § 35 BauGB betrachtet werden. Der in Rede stehende Bereich ist nach § 35 BauGB – Außenbereich - zu beurteilen. Nach einer Änderung des BauGB Anfang dieses Jahres sind PV-Anlage privilegiert worden, aber nicht in diesem Bereich, vielmehr parallel zur Autobahn, Bahntrassen etc. Die Realisierung der PV-Anlage würde nur über einen planerischen Akt im Form eines Bebauungsplanes möglich werden.

Vorsitzende Siebers lässt über den Antrag von Mitglied Dr. Reintjes, über den nachfolgenden Beschlussvorschlag zu beschließen, abstimmen:

Beschlussvorschlag
Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, die Änderung des Bebauungsplans E 10/4 im Bereich der Flurstücke 340, 341 und 57, Flur 9, Gemarkung Emmerich für eine Freiflächenphotovoltaik durchzuführen

Abstimmungsergebnis
Dafür 17 Dagegen 0 Enthaltungen 0

5. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Nahmobilitätskonzepts Vorlage: 05 - 17 0940/2023

Herr Bartel erläutert kurz die Vorlage. Er teilt mit, dass von Seiten der Verwaltung in den letzten Jahren vieles von der Liste umgesetzt worden. Besonders hervorzuheben ist die Aufhebung der Radwegepflicht auf manchen Gehwegen seitlich der Straße; dies hat durchaus zu Verwirrungen in der Bürgerschaft geführt. Dazu wird im Frühjahr eine Kampagne gestartet und in der Presse berichtet werden, welche Regelungen gelten. Wenn ein höher gesetzter Bordstein seitlich der Straßenfahrbahn vorhanden ist und keine weitere Beschilderung vorhanden ist bedeutet dies, dass der Radfahrer sowohl auf dem Gehweg als auch auf der Straße fahren darf.

Auf Nachfrage von Mitglied Sloot teilt Herr Bartel mit, dass die grundsätzliche Überlegung besteht, an dem grenzüberschreitenden Projekt Radschnellweg mitzumachen. Als weitere Frage wäre zu überlegen, wie die Umsetzung erfolgt. Auf den Strecken entlang der Bahn ist geplant, dass die Stadt Emmerich am Rhein die Flächen, die ohnehin als Baustraßen angelegt werden, übernehmen wollen, um sie als Radschnellweg zu nutzen. Diese Überlegung ist bereits mit der Deut-

schen Bahn besprochen worden.

Mitglied Baars spricht die Kreuzung Post/B 8 an. Kommt man mit dem Fahrrad aus Richtung Stadt kann man nicht auf den gegenüberliegenden Radweg drauffahren, weil dort die Absenkung fehlt. Der Fahrradfahrer muss bis zur Querungshilfe fahren, um auf den Radweg aufzufahren. Gleiches gilt für die Kreuzung Wassenbergstraße/Nierenberger Straße. Von der Nierenberger Straße ausfahrend kann man nicht auf den gegenüberliegenden Radweg fahren, weil auch dort die Absenkung fehlt. Er regt an, diese beiden Punkte mit in diese Liste des Nahmobilitätskonzepts aufzunehmen.

Mitglied Dr. Reintjes stellt fest, dass in der Liste viele Maßnahmen aufgelistet sind, die auch die Stadtplanung betreffen und fragt nach, ob der Ausschuss für Stadtentwicklung sich nicht auch mit der Vorlage hätte beschäftigen müssen. Der Vorlage kann seine Fraktion in der vorliegenden Form zustimmen und würde dem Beschlussvorschlag so folgen.
Herr Bartel antwortet, dass nach Hauptsatzung der Stadt Emmerich am Rhein der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zuständig ist. Es handelt sich um Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs und seines Wissens nach gibt es keine Maßnahmen, die unmittelbar den Städtebau betreffen.

Mitglied Baars bedankt sich bei Frau Kirchner und Frau Pommerin für die Realisierung der Fahrradstraßen und die Querungshilfe am Löwentor. Er hofft darauf, dass auch weiterhin diese gute Arbeit erfolgt und stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag
Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt die beigefügte Liste der Maßnahmen des Nahmobilitätskonzepts.

Abstimmungsergebnis
Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

6. Bericht des Klimaschutzmanagements

Frau Kirchner berichtet zu verschiedenen Themen aus dem Klimaschutzmanagements anhand einer Power-Point-Präsentation (im Ratsinformationssystem abrufbar).

Mitglied Swahjor geht auf den Punkt Steigerung der Solarenergie ein. Sie hat von Bürgern Anfragen bekommen, wie die Haltung der Stadt Emmerich am Rhein zu Kleinwindkraftanlagen für Dächer in Wohngebieten aussieht. Ferner stellt sie die Frage, ob in Dachziegeln integrierte Solaranlagen genehmigungspflichtig sind.
Herr Bartel erklärt, dass diese Frage nicht pauschal beantwortet kann. Es kommt darauf an, wo eine solche Solaranlage errichtet werden soll. Er empfiehlt, dass der interessierte Bürger sich mit dem Anliegen an die Verwaltung wendet, um

eine Beratung am konkreten Objekt vornehmen zu können.

Mitglied Schnake-Rupp hat eine Frage zur Entwicklung der CO^2-Emissionen; handelt es sich um absolute Vergleiche oder werden diese Zahlen noch relativiert.
Frau Kirchner teilt mit, dass es sich bei den vorgelegten Daten um absolute Zahlen handelt. Trotz steigendem Gewerbe sollte auch Emmerich die entsprechende Verantwortung tragen, die Klimaziele zu erreichen.

7. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

8. Einwohnerfragestunde

Frau Pooth weist darauf hin, dass beim neuen Edeka am Neumarkt Fahrradstellplätze fehlen.
Herr Bartel erklärt, dass auf der Platzfläche einige Fahrradständer vorhanden sind, die leider nicht sehr präsent sind. Dies hängt mit vertraglichen Konstellationen zusammen. Die Verwaltung weiß von diesem Problem und hat sich vor Ort mit den Beteiligten getroffen, um eine Lösung herbeizuführen.

Die Vorsitzende Siebers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um 18.33 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 13. März 2023

Sabine Siebers
Vorsitzende

Nicole Jansen
Schriftführerin